



Foto: Sascha Steinach

Schaffen wir das?

Härterer Kurs gegenüber Flüchtlingen

In der vergangenen Ausgabe der „Resultate“ haben wir ausführlich zum Thema Flucht und Vertreibung berichtet. Die Dynamik der Flüchtlingskrise hat sich seither nicht beruhigt, das zeigen schon einige grundlegende Zahlen: So sind 2015 laut Bundesinnenminister Thomas de Maizière 1,1 Millionen Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. Fast die Hälfte von ihnen hat einen Asylantrag beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gestellt, 273.815 mehr als im Vorjahr. Allein 162.510 Asylbewerber kamen aus Syrien. Das BAMF traf 282.726 Entscheidungen, 137.136 Personen wurden 2015 als Flüchtlinge nach der Genfer Konvention anerkannt. Darüber hinaus erhielten 1.707 Menschen subsidiären Schutz und 2.072 Menschen Schutz vor Abschiebung.

Im Januar 2016 haben die Bundesländer bereits 92.000 Flüchtlinge erfasst – vor einem Jahr waren es lediglich 32.200. Der Großteil dieser Menschen (35.822) gibt Syrien als Herkunftsland an, jeweils gut 18.000 kommen aus dem Irak und aus Afghanistan. Das Bundesinnenministerium rechnet damit, dass sich 2016 rund eine Million Menschen über die Türkei auf den Weg nach Europa machen werden. Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, sprach in der „Bild am Sonntag“ gar von bis zu zehn Millionen Menschen, die noch unterwegs seien.

Bundesweit deutlich zugenommen haben laut Bundeskriminalamt auch die erfassten Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte, und zwar von 199 (2014) auf 924 (2015). In Nord-

rhein-Westfalen wurden alleine im Januar 2016 33 Übergriffe registriert, acht mehr als im gesamten Vorjahr.

Anhaltender Streit in der EU

Es herrscht anhaltender Streit in der EU über eine effektive und gerechte Flüchtlingspolitik – kein gutes Zeichen angesichts der gewaltigen Aufgabe, die bewältigt werden muss. Derzeit sind, nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR, alleine 4,6 Millionen Syrer als Flüchtlinge registriert, die Dunkelziffer liegt vermutlich deutlich darüber. Und es sei noch einmal daran erinnert, dass arme und kleine Länder wie Jordanien 635.000 und der Libanon 1,07 Millionen syrische Flüchtlinge beherber-

gen – und damit tatsächlich an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angekommen sind oder sie bereits überschritten haben. In der Türkei hatte das UNHCR am Jahresende 2015 2,5 Millionen Flüchtlinge aus Syrien registriert, denen jedoch nicht der Status als Flüchtling, sondern lediglich der rechtlich schlechtere als „Gast“ zugebilligt wird. Vermutlich halten sich dort aber noch weitere Hunderttausende nicht registrierter Flüchtlinge auf.

Es ist grundsätzlich richtig, dass Europa und die Bundesregierung Geld aufbringen, um die Lage der Menschen in den Flüchtlingslagern der Nachbarländer Syriens und Iraks zu verbessern. Die Anfang Februar in London abgehaltene Konferenz zur Mobilisierung zusätzlicher Finanzmittel für das seit langem unterfinanzierte UNHCR hat die Erwartungen hier nicht ganz, aber wohl zu einem großen Teil erfüllt. Voraussetzung ist aber, dass dieses Geld tatsächlich den Flüchtlingen zugutekommt. Gegenüber der Türkei sind Zweifel berechtigt, ob es nicht eher zur Finanzierung des wieder aufgenommenen Kampfes gegen die eigene kurdische Bevölkerung im Südosten genutzt wird. Leider müssen wir damit rechnen, dass durch diese Politik die nächsten Hunderttausende in die Flucht getrieben werden.

Mehr Solidarität ist gefordert

Europa – ein Kontinent mit über 700 Millionen Einwohnern und die reichste Wirtschaftsregion der Welt – ist in seiner materiellen Leistungsfähigkeit weit davon entfernt, die hierher geflohenen Menschen nicht aufnehmen und integrieren zu können. Das Problem ist die mangelnde gesamteuropäische Bereitschaft, die Herausforderungen gemeinsam, solidarisch und im Geiste seiner vielbeschworenen normativen Grundsätze bewältigen zu wollen. Die Vorwürfe gegenüber der Bundeskanzlerin, sie habe mit ihrem „Wir schaffen das“ und Selfies mit Flüchtlingen die Millionen Menschen erst nach Europa gelockt, sind lächerlich. Der Forderung, die EU-Außengrenzen wirksam zu kontrollieren, kann nicht ernsthaft widersprochen werden, sofern damit nicht Flüchtlingen der Schutz entsprechend der Genfer Flüchtlingskonvention verweigert werden soll. Aber dann müssen Länder wie Griechenland dabei unterstützt werden und sie dürfen umgekehrt eine solche Unterstützung nicht als Missachtung ihrer nationalen Integrität zurückweisen. Es ist eine unselige Entwicklung, dass die

EU-Kommission jetzt darüber nachdenkt, die betroffenen Mitgliedstaaten notfalls zu zwingen, Mitarbeiter der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen (FRONTEX) einzusetzen.

Das Dublin-II-Abkommen, wonach Asylsuchende in den Ersteinreiseländern der EU bleiben und ihr Asylverfahren dort betreiben müssen, war auch in den letzten Jahren schon ein Akt mangelnder Solidarität gegenüber Italien, Griechenland, Malta und anderen EU-Staaten. Solidarisch wäre eine Verteilung auf die EU-Staaten nach Einwohnerzahl und Wirtschaftskraft. Das scheidet derzeit an den fremdenfeindlichen, antiislamischen und antieuropäischen Positionen rechtspopulistischer Regierungen in Ungarn, Polen, Tschechien und anderen Ländern und an der Angst vor rechtspopulistischen Parteien in vielen weiteren Staaten.

Schengen am Ende?

Schweden, Sinnbild einer offenen Gesellschaft, hat mit seinen rund 9,5 Millionen Einwohnern in Relation zur Bevölkerungszahl so viele Flüchtlinge aufgenommen wie kein anderes EU-Land. Mehr als 160.000 waren es alleine 2015. Doch im November des vergangenen Jahres, nachdem immer mehr Menschen den Weg nach Nordeuropa einschlugen und Schweden seine Kapazitäten am Limit sah, änderte die Regierung ihren Kurs. Seither müssen Flüchtlinge, die in Schweden Schutz suchen, gültige Ausweispapiere vorlegen. Wer das nicht kann, wird abgewiesen – in der Regel zurück nach Dänemark. Kurze Zeit darauf hat Dänemark mit Kontrollen an der deutsch-dänischen Grenze begonnen.

In 22 EU-Staaten und vier weiteren Ländern garantierte das Schengener Abkommen bis vor Kurzem den offenen Grenzverkehr. Personenkontrollen gab es in der Regel nicht. Laut Abkommen können die Schengen-Staaten nur bei Großereignissen oder drohender Gefahr für die nationale Ordnung für einen gewissen Zeitraum wieder Kontrollen einführen. Diese Begründung nehmen nun immer mehr Länder für sich in Anspruch: Auch Deutschland, Österreich und Frankreich haben wieder mit der Kontrolle ihrer Grenzen begonnen. Ungarn hat schon vor Monaten die Grenze zu Serbien und Teile der Landesgrenze zum EU-Nachbarn Kroatien mit Stacheldraht verbarriadiert, und Italien denkt über Restriktionen beim Grenzverkehr mit Slowenien nach.

Die Angst vor den ökonomischen und sozialen Kosten der Aufnahme weiterer Flüchtlinge wird Europa durch das Ende offener Grenzen nach Berechnungen der französischen Denkfabrik „France Strategie“ mit volkswirtschaftlichen Kosten von 110 Milliarden Euro bezahlen.

Der Ton wird rauher

Von einer mitfühlenden und abgestimmten Flüchtlingspolitik innerhalb der EU sind wir also weit entfernt. Und auch in Deutschland wird, trotz der anhaltenden Hilfsbereitschaft unzähliger haupt- und ehrenamtlicher Kräfte, der Ton rauher, zumal nach den Übergriffen der Silvesternacht in Köln und anderen Städten. Die Bundeskanzlerin hat bereits angekündigt, dass die meisten der Flüchtlinge, die 2015 in Deutschland Schutz gesucht haben, nach dem Ende der Bürgerkriege in ihre Heimat zurückkehren müssen. Ähnlich äußerte sich Innenminister Thomas de Maizière in der afghanischen Hauptstadt Kabul, und Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles will die Regeln für Hartz-IV-Empfänger künftig auch auf Asylbewerber und das Asylbewerberleistungsgesetz anwenden.

Mit dem „Gesetz zur Einführung beschleunigter Asylverfahren“, dem sogenannten Asypaket II, will die Bundesregierung den Familiennachzug erschweren, eine Residenzpflicht für Flüchtlinge in Aufnahmeeinrichtungen einführen und Abschiebungen erleichtern. Darüber hinaus sollen Marokko, Tunesien und Algerien zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden, was nicht nur von Pro Asyl heftig kritisiert wird. Das Asypaket II soll noch im Februar von Bundestag und Bundesrat beraten werden.

In Nordrhein-Westfalen wurden 2015 rund 330.000 Flüchtlinge registriert und 77.223 Asylanträge gestellt. Das Land will 2016 rund vier Milliarden Euro für die Unterbringung und Integration ausgeben. 49 von 54 Kreisen und kreisfreien Städten haben ein Kommunales Integrationszentrum, das ist bundesweit vorbildlich. Aber dennoch ächzen vor allem die Kommunen unter den Herausforderungen und beklagen eine Finanzierungslücke von mehreren Hundert Millionen Euro. Die Verteilungskämpfe gehen weit über das Ökonomische hinaus, wenn etwa Sporthallen als Flüchtlingsunterkünfte genutzt werden und die Vereine, die ja durchaus eine wichtige Rolle bei der Integration spielen können, ihre Angebote drastisch reduzieren müssen.

Eberhard Neugebohrn/Bernd Pieper